

Freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestellten-Tag.

Wohnungswesen und Uebergangswirtschaft.

Der heutige letzte Verhandlungstag, dem die Vertreter zahlreicher Reichsbehörden, des Reichstages und der Stadt Berlin, sowie auch bekannter gemeinnütziger Gesellschaften beiwohnten, wurde durch einen Vortrag von Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg über das Wohnungswesen eingeleitet. Dernburg stellte fest, daß die Beschaffung der notwendigen Wohnungen nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte allein überlassen bleiben könne, sondern dauernd durch die öffentliche Hand kontrolliert werden müsse. Hiermit müsse die Wohnungsversorgung im richtigen Sinne Hand in Hand gehen. Er behandelte eingehend die Notwendigkeit, mit den Wohnungsverhältnissen die Verkehrsverhältnisse in Einklang zu bringen und empfahl als Ideal das Einfamilienhaus in verkehrsnäher Gegend. Der Redner legte ausführliche Zeitsätze über die Art und Weise vor, in der er sich die Lösung des Wohnungsproblems denkt. Seine Ausführungen wurden wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Scaruppe-Köln wies hin auf die politische Wirkung der Wohnungsfrage und die Gefahren, die hierin ruhen. Er begründete dann die folgende Entschliessung:

„Der Kongreß hält zur Regelung des Wohnungswesens gesetzgeberische Eingriffe des Reiches für unerlässlich. Insbesondere muß das Reich erhebliche Geldmittel zur Verfügung stellen, um den Kleinwohnungsbau schnellstens und in reichem Maße zu fördern. Ebenso muß schon jetzt in dringlichster Weise für die Beschaffung von Baumaterialien und Arbeitskräften gesorgt werden, damit nach diesem gewaltigen Völkerringen nicht jene trostlosen Zustände wiederkehren, die in den 70er Jahren das soziale Leben Deutschlands so unheilvoll zerrüttet haben. Der Kongreß erwartet von den angeschlossenen Verbänden, daß sie bei den notwendigerweise zur Erreichung dieser Ziele den Gemeinden zufallenden Aufgaben ihre tatkräftige Mitwirkung diesen nicht versagen.“

Der Kongreß verkennet aber nicht, daß wirklich geheure Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens erst dann eintreten können, wenn das Reich den vom gesamten deutschen Volke mit seinem Blute und seiner Arbeit verteidigten deutschen Boden durch ein deutsches Bodenrecht der Ausbeutung zu einseitigen Gewinnzwecken entzieht.“

Nach einer angeregten Diskussion wurden die beiden vorgelegten Entschliessungen einstimmig angenommen.

Der letzte Nachmittag galt der Behandlung wirtschaftlicher Fragen, insbesondere der Uebergangswirtschaft. Schumacher (Gewertvereine) sprach über die Arbeiterlöhne, und Greger (Kaufleute) über die Angestelltengehälter. Landtagsabgeordneter Mener, der über die Wirtschaftspolitik sprechen sollte, war durch die Wahlrechtsverhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus verhindert. An seiner Stelle sprach Generalsekretär Riedel. Er forderte in der Hauptsache, daß genügend Absatzgebiete und planmäßige Versorgung mit Rohstoffen geschaffen würden, die Lebensmittelversorgung durch ein reichliches Angebot die Preisfrage günstig gestalten müsse, und daß schließlich jede Wirtschaftspolitik die Aufgabe zu verfolgen habe, die Wirtschaftskraft der Gesamtheit zu steigern. Weiter beschäftigte er sich mit der Frage der Monopole und mit dem neuen Steuergesetz. Diese drei Referate lösten eine umfangreiche Diskussion aus, in welcher Gieslă-Duisburg die Einrichtung von Wohnämtern forderte und an der sich weiter Hübner (Kaufleute), Agte (Eisenbahner), Fortenbacher (Militärarbeiter), Grothe-Stettin und Ballenthin (Telegraphenarbeiter) beteiligten, um die Lohnverhältnisse der einzelnen Berufs- und Angestellten-Gruppen zu besprechen.

Der Kongreß beschloß dann, aus Vertretern der angeschlossenen Verbände einen großen Kongreßausschuß zu schaffen, dem es überlassen bleibt, sich selbst zu konstituieren.

Den Abschluß der Tagung bildete die Annahme eines Antrages Gleichauf-Halstenberg-Riedel, sich in einem Aufruf an die Arbeiter und Angestellten zu wenden. In diesem Aufruf, der die programmatischen Forderungen des Kongresses vertritt, heißt es u. a.:

„Nach nahezu vier Kriegsjahren erscheint der Endsieg gewiß. Deutsche Tapferkeit und deutsche Tüchtigkeit, getragen von der Gesamtheit aller Volksgenossen, haben die deutsche Kultur und die deutsche Wirtschaftsmacht gegen eine Welt von Feinden ruhmreich verteidigt. Die Besten unseres Volkes sind dafür gestorben. Ihr Blut spricht zu uns. Das kommende Deutschland muß dieses Blutes, dieser Opfer, dieser Siege würdig sein. Deshalb ist die freiheitliche Entwicklung unserer politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse eine unerlässliche Voraussetzung für eine glückverheißende Zukunft unseres Volkes. Alle im Kriege frei gewordenen Kräfte müssen dem Gemeinwohl nutzbar gemacht werden. Ein freies, gleichberechtigtes Volk, erfüllt von wahrhaft vaterländischem Geiste, tut uns not.“

Zum Schluß fordert der Aufruf alle auf freiheitlich-nationalem Boden stehende Organisationen auf, sich der neuen Bewegung anzuschließen. Der Vorsitzende Hartmann beschloß darauf die Tagung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Vaterland, Volk, Heer und Freiheit.